

VOLKSKAMMER
der
Deutschen Demokratischen Republik
10. Wahlperiode

Drucksache Nr. 118

F r a g e n
für die Fragestunde der 21. Tagung der Volkskammer
am Donnerstag, dem 5. Juli 1990

Verzeichnis der Fragenden

| Abgeordnete | Nummer der Frage |
|---|------------------|
| Hans-Dirk B i e r l i n g (CDU/DA) | 10, 11 |
| Dr. Eberhard B r e c h t (SPD) | 2 |
| Frank B o g i s c h (SPD) | 26, 50 |
| Dr. Roland C l a u s (PDS) | 42 |
| Klaus D o m k e (CDU/DA) | 33 |
| Dr. Dagmar E n k e l m a n n (PDS) | 8, 21 |
| Dr. Ursula F i s c h e r (PDS) | 36 |
| Dr. Gerd G i e s (CDU/DA) | 20 |
| Christine G r a b e (Bündnis 90/Grüne) | 32, 37 |
| Jurij G r o ß (PDS) | 1 |
| Prof. Dr. Helmar H e g e w a l d (PDS) | 23, 27 |
| Dr. Frank H e l t z i g (SPD) | 47 |
| Frieder J e l e n (CDU/DA) | 5 a, 43 |
| Dr. Thomas K l e i n (VL, fraktionslos) | 39 |
| Dr. Joachim K n e y (Die Liberalen) | 5, 13, 14, 15 |
| Dr. Erdmann K r ö g e r (PDS) | 40 |
| Werner M a r u s c h (DBD/DFD) | 7, 38 |
| Gabriele N o a c k (CDU/DA) | 16 |
| Dr. Steffen P e l t s c h (PDS) | 31 |
| Rainer P i e t z s c h (Bündnis 90/Grüne) | 9, 17, 18 |
| Joachim R i c h t e r (SPD) | 3, 4 |

| | |
|--|------------|
| Dr. Christine R u d o l p h (SPD) | 24, 25, 41 |
| Dr. Martina S c h ö n e b e c k (PDS) | 28 |
| Karl-Ernst S e l k e (CDU/DA) | 45, 46 |
| Dr. Wieland S o r g e (SPD) | 48, 49 |
| Klaus S t e i n i t z (PDS) | 26 a |
| Kurt S t e m p e l l (CDU/DA) | 29, 34 |
| Roswitha S t o l f a (PDS) | 19 |
| Uwe I ä s c h n e r (Bündnis 90/Grüne) | 30 |
| Peter I h i e t z (Die Liberalen) | 35 |
| Dietmar U n g e r (CDU/DA) | 44 |
| Gisela V o i g t (PDS) | 22, 51 |
| Konrad W e i ß (Bündnis 90/Grüne) | 12 |
| Brigitte Z s c h o c h e (PDS) | 6 |

Ministerpräsident

1. Abgeordneter
Jurij Groß
PDS-Fraktion

Ausgehend davon, daß bereits in der Regierungserklärung keine Aussagen zum Schutz und zur staatlichen Förderung der nationalen Interessen des sorbischen Volkes, seiner Sprache und Kultur, gemacht wurden und bezug nehmend auf den Artikel 1, Absatz 1, der beschlossenen Verfassungsgrundsätze "... die DDR ist ein friedlicher, demokratischer ... sozialer und ökologisch orientierter Rechtsstaat..." möchte ich zugleich im Interesse der sorbischen Wähler die Frage stellen, ob der Artikel 40 der Verfassung der DDR jetzt und nach dem 1. Juli noch Gültigkeit haben wird?

Der Artikel hat folgenden Wortlaut:

"Bürger der DDR sorbischer Nationalität haben das Recht zur Pflege ihrer Muttersprache und Kultur. Die Ausübung dieses Rechts wird vom Staat gefördert."

2. Abgeordneter
Dr. Eberhard Brecht
SPD-Fraktion

Welchen Grund gab es, den designierten Botschafter der DDR in den USA, Michael Möller, trotz des Ministerratsbeschlusses und des bereits erteilten Agrements wieder abzurufen?

Richtet sich diese Entscheidung gegen die Person oder soll der DDR-Botschafter in Washington nicht ausgetauscht werden?

Geschäftsbereich des Ministers für Abrüstung und
Verteidigung

3. Abgeordneter
Joachim Richter
SPD-Fraktion

Von einer größeren Anzahl von Soldaten wird die Frage nach der Zukunft der Volksarmee in einem vereinigten Deutschland gestellt. Da diese Frage nicht nur die Soldaten sondern auch viele junge Menschen interessiert und Ihre Äußerungen dazu bisher keine klare Position erkennen lassen, sind Sie gebeten, im Parlament dazu Stellung zu beziehen.

4. Abgeordneter
Joachim Richter
SPD-Fraktion

Es häufen sich die Eingaben von betroffenen Anwohnern, die neben Übungsplätzen der Westgruppe der sowjetischen Armee leben. Diese Bevölkerungsgruppen klagen über Übungsschäden, Lärmbelästigung und ökologischen Raubbau im Übungsgelände. Die Eingaben dieser Anwohner werden von den Verantwortlichen der Sowjetarmee nicht bearbeitet, weil die Kompetenz dafür bei der Regierung der DDR liege. Bitte klären Sie uns darüber auf, an wen sich die Bevölkerungsgruppen mit ihren Fragen und Problemen zu wenden haben.

5. Abgeordneter
Dr. Johannes Kney
Fraktion Die Liberalen

Der Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, Herr Reiner Eppelmann, hat am 25. Juni 1990 öffentlich den bisher vertretenen Standpunkt relativiert, daß es in einem vereinigten Deutschland zwei Armeen geben werde. Er unterstützte gleichzeitig den vom Bundesminister der Verteidigung der BRD, Herrn Gerhard Stoltenberg, vertretenen Grundsatz - ein Volk, eine Regierung, eine Armee. Aus diesem grundlegenden Auffassungswandel ergeben sich folgende Fragen

- Welche politischen, militärischen und sozial-ökonomischen Kriterien liegen den konkreten Vorschlägen des Ministeriums zur Strukturreform "1993" zugrunde, insbesondere unter Berücksichtigung der vom Minister jüngst vertretenen Positionsänderung?

- Welche Auffassungsunterschiede bestehen zwischen den Vorstellungen des Ministers für Abrüstung und Verteidigung und dem Bundesminister für Verteidigung hinsichtlich einer künftigen deutschen Armee, vor allem ihrem Auftrag, ihre Dislozierung - und Kommandostrukturen betreffend, sowie Umfang und Bewaffnung?

a. Abgeordneter
Frieder Jelen
CDU/DA-Fraktion

Im Kontext der Bemühungen um gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen mit Einschluß der UdSSR und der atlantischen Partner der NATO, im Kontext der 2 + 4-Gespräche, im Kontext der Rückführung sowjetischer Truppen aus Ungarn und der CSFR wird die Frage immer dringender, wie unsere Regierung bzw. auch unser Parlament die Rolle der Westgruppe der sowjetischen Armee zu sehen hat.

Ob nicht noch vor den gesamtdeutschen Wahlen ein neues Stationierungsabkommen abgeschlossen werden muß -
und wie wir im Blick auf zunehmende Emotionen in diesen Fragen einen vernünftigen Kontakt zum Kommando der Westgruppe gestalten können.

6. Abgeordnete
Brigitte Zschoche
PDS-Fraktion

Das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Arbeitsgesetzbuches sieht in Ziffer 3 der Anlage zu § 1 vor, daß für Schüler und Studenten, die während der Ferien arbeiten, in Rechtsvorschriften Besonderheiten geregelt werden können. Meine Frage lautet deshalb, werden noch vor Beginn der Ferien neue Rechtsvorschriften zu diesem arbeitsrechtlich sensiblen Bereich erarbeitet oder behalten die Anordnung vom 15.11.1972 und die Anordnung vom 15.10.1973 ihre Gültigkeit?

7. Abgeordneter
Werner Marusch
Fraktion DBD/DFD

Seit vielen Jahren bemühen sich die Einwohner betroffener Städte und Dörfer ergebnislos durch Verhandlungen mit dem Verursacher den oft unerträglichen Fluglärm, besonders nachts, zu mindern. Was unternehmen Sie im Interesse der teilweise schon vielseitig geschädigten Bürger unseres Landes? Speziell in der Stadt Welzow, wo 127 db in den Wohnungen gemessen wurden?

8. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
PDS-Fraktion

Wieviel Arbeitslosenunterstützung bezieht ein ehemaliger Kurzarbeiter?
Basiert diese auf dem Nettogehalt als Kurzarbeiter oder als vormals Vollbeschäftigter?
Wie ist bei Kurzarbeitern der Renten- und Versicherungsschutz gewährleistet und gibt es Freibeträge?

Geschäftsbereich des Ministers für Auswärtige
Angelegenheiten

9. Abgeordneter
Rainer Pietsch
Fraktion Bündnis 90/Grüne

Die ehemalige Regierung der DDR leistete sich einen aufgeblähten und von Geltungsmacht bestimmten Apparat von Auslandsvertretungen. Unter der gegenwärtigen angespannten Haushaltslage ist es dringend geboten, diesen Apparat drastisch zu reduzieren. Dabei müssen natürlich die legitimen Interessen der DDR-Bürger im Ausland gesichert werden.
Welche Maßnahmen hat Ihr Ministerium in dieser Richtung eingeleitet?

10. Abgeordneter
H.-D. Bierling
CDU/DA-Fraktion

Wie groß ist der Personalbestand des MfAA und welche Maßnahmen sind eingeleitet, das Personal schnell zu reduzieren im Blick auf die Tatsache, daß Ende dieses Jahres die Auswärtige Arbeit der DDR ihren Sinn verliert?

Im Zusammenhang mit dieser Frage muß festgestellt werden, daß eine zögerliche Personalpolitik gegenüber dem Mitarbeiterbestand sozialpolitisch fragwürdig ist.

Sind Sie mit mir einer Meinung, daß nicht vertretbar ist, bei Klarheit über den Weg zur deutschen Einheit und dessen außenpolitische Konsequenzen noch Hoffnungen im hochqualifizierten Personalbestand des MfAA auf Bestand eigenständig außenpolitischer Aktivität der DDR zu nähren?

11. Abgeordneter
H.-D. Bierling
CDU/DA-Fraktion

Halten Sie es für tragbar, Mitglieder Ihrer Familie sowie der Ihres politischen Direktors v. Braunmühl im MfAA zu installieren?

Halten Sie es weiter für richtig, Ihre Politik auf dem Wege zur deutschen Einheit von einem Mann planen zu lassen - Ich spreche von Prof. Albrecht - dessen politische Ideen von eindeutiger Gegnerschaft sowohl zur Wiedervereinigung als auch zur NATO getragen sind, wie dessen Schrift "Kündigt den Nachrüstungsbeschluß" von 1982 beweist?

12. Abgeordneter
Konrad Weiß
Fraktion Bündnis 90/
Grüne
- Die Einwohner von Belgern und der umliegenden Ortschaften leiden erheblich unter der Lärmbelästigung durch Tiefflüge und Bombenabwürfe auf dem Übungsplatz der sowjetischen Luftstreitkräfte, der nur 4 km von der Stadt entfernt am Nordrand der Dahleener Heide liegt. Die Überflüge und Abwürfe finden auch nachts, mindestens bis 22.00 Uhr, statt. Schwere Kampfbomber vom Typ SU 27 überfliegen in geringer Höhe die Stadt. Außerdem beschweren sich die Einwohner von Belgern über den sorglosen Umgang mit ausgedientem Gerät (z.B. Hilfstanks, Autoreifen) und das Verkippen von Benzin und Ölresten, die zu schlimmen Umweltbelastungen führen. Diese Beschwerde der Bürgerinnen und Bürger von Belger habe ich den Herren Minister für Auswärtige Angelegenheiten und für Abrüstung und Verteidigung in einem Schreiben vom 8. Juni übermittelt.
- Gibt es Gespräche mit der Führung der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte über die Einführung und Kontrolle von Mindestflughöhen über bewohntem Gebiet sowie über ein Flugverbot für die Zeit zwischen 17.00 und 7.00 Uhr sowie an den Wochenenden? Und welche Maßnahmen sind getroffen, um die in Deutschland stationierten sowjetischen Truppen zu umweltgerechtem und umweltschützendem Verhalten zu verpflichten?
- Diese Frage berührt auch den Geschäftsbereich des Ministers für Abrüstung und Verteidigung.
13. Abgeordneter
Dr. Johannes Kney
Fraktion Die Liberalen
- Kritische Kommentare in oft gedankenlosen Äußerungen des Außenministers, u. a. durch den Abrüstungs- und Verteidigungsminister der DDR, Herrn Eppelmann, lassen darauf schließen, daß es in sicherheitspolitischen Grundfragen des Vereinigungsprozesses der beiden deutschen Staaten nicht zu gebotener interministerieller Abstimmung kommt.
- In welcher Art und Weise gestaltet sich die Zusammenarbeit im gemeinsamen Entscheidungsprozeß von Außen- und Verteidigungsministerium sowie dem Amt des Ministerpräsidenten zu den 2 + 4 betreffenden Problemen?
14. Abgeordneter
Dr. Johannes Kney
Fraktion Die Liberalen
- Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, konsultiert regelmäßig die Außenminister der an den 2 + 4 -Verhandlungen beteiligten Staaten.
- Welche Position bezieht das Außenministerium zur Frage der Entkoppelung der inneren und äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung? Wie erfolgt die inhaltliche Konsultation und Abstimmung mit den anderen Partnern, insbesondere mit den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion?
15. Abgeordneter
Dr. Johannes Kney
Fraktion Die Liberalen
- Welchen zeitlichen und inhaltlichen Fahrplan gedenkt die Regierung der DDR noch vor Beginn der Sommerpause dem Parlament vorzulegen, aus dem hervorgeht, wann und wie der Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik vollzogen werden soll?

Geschäftsbereich des Ministers für Bildung und Wissenschaft

16. Abgeordnete
Gabriele Noack
CDU/DA-Fraktion

Absolventen der 10. Klasse, die sich durch überdurchschnittliche Leistungen in bestimmten Fächern auszeichneten, haben bereits eine Studiumzulassung zu einem Vorkursus, d.h. verkürztes Abitur - nur in einigen Fächern - und anschließend Studium.

Welche Regelungen gibt es hier für das kommende Studienjahr, damit diese jungen Menschen ein komplettes Abitur ablegen können und zugleich speziell auf ihr Studium vorbereitet werden?

17. Abgeordneter
Rainer Pietsch
Fraktion Bündnis 90/Grüne

Aus dem Bildungsministerium erreichte uns eine alarmierende Information über Probleme des Bildungshaushaltes für das 2. Halbjahr 1990.

So fehlen beispielsweise 263 Mill. DM nur um das Niveau im Bildungswesen auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. 34 wichtige Investitionsvorhaben müssen stillgelegt werden usw.

Welche Sicherungsmaßnahmen sind von Ihrem Ministerium bisher eingeleitet worden?

18. Abgeordneter
Rainer Pietsch
Fraktion Bündnis 90/Grüne

Der Beschluß vom 25.5.1990 Ihres Ministeriums hat in den Schulen des Landes Verunsicherung und Verwirrung ausgelöst.

Vor allem die Abberufung und Neuberufung der Direktoren der Schulen stehen im Mittelpunkt der Kritik.

Dadurch, daß den Schulen die Modalitäten für dieses Verfahren erst sehr spät bekannt wurde, haben Bewerber, die z.Z. nicht Direktoren sind, kaum eine Chance.

Meinen Sie nicht auch, daß die Neuberufung der Direktoren für maximal ein Jahr befristet sein sollte und die Berufungsmodalitäten dann von den Bildungsministerien der Länder geregelt werden müssen?

19. Abgeordnete
Roswitha Stolfa
PDS-Fraktion

Es gibt gegenwärtig große Verunsicherung unter den Lehrern, die ab 1. 9. 1990 im Fach Gesellschaftskunde unterrichten sollen, hinsichtlich der Inkraftsetzung der Rahmenprogramme für dieses Fach.

- Wann ist eine verbindliche Äußerung von Ihnen zu erwarten, welche Rahmenprogramme für Oberschulen, EOS, Berufsschulen von Ihnen bestätigt worden sind?
- Warum wird die Bereitschaft von Tausenden Lehrern, das Angebot mehrerer Hochschulen und Universitäten für ein postgraduales Studium im Fach Gesellschaftskunde anzunehmen, von Ihnen nicht dadurch unterstützt, daß die seit dem 10. 4. 1990 existierende Vorlage in Kraft gesetzt wird, die den Erwerb einer Lehrbefähigung für dieses Fach bis 1994 vorsieht?

Geschäftsbereich des Ministers für Ernährung,
Land- und Forstwirtschaft

20. Abgeordneter
Dr. Gerd Gies
CDU/DA-Fraktion

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in der DDR zahlreiche Veterinäringenieure ausgebildet. Heute stellt sich heraus, daß dieser Ausbildungsgang eine der für das SED-Regime typischen strukturellen Fehlentscheidungen war. Infolgedessen sind nunmehr ca. 2 000 Veterinäringenieure in ihrer beruflichen Existenz bedroht.

Welche Konzepte haben Sie für die Betroffenen?

21. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
PDS-Fraktion

Welche Konzeption gibt es Ihrerseits, um die Bedingungen der Verarbeitungsindustrie so zu gestalten, daß die Produkte der DDR-Landwirtschaft marktfähig werden?

Wie wird der Absatz von Getreide, vor allem Roggen, gesichert.

22. Abgeordnete
Gisela Voigt
Fraktion PDS

Aus meinem Wahlkreis erreichen mich zunehmend Anfragen bezüglich des Umstellungskurses der persönlichen Konten eines jeden Abgeordneten in dieser Volkskammer. Es wird davon gesprochen, daß jeder x-beliebige Betrag zum Kurs 1:1 umgetauscht wird. Ich kann das für mich verneinen, aber sicherlich hilft in diesem Fall ein klärendes öffentliches Wort besser ...

23. Abgeordneter
Prof. Dr. Helmar Hegewald
PDS-Fraktion

Bezug nehmend auf die Anfrage an Minister Prof. Terpe vom 22.6.1990 möchte ich Sie bitten, dem Hohen Haus zwei Zahlen mitzuteilen:

1. Wie hoch ist unter den gegenwärtigen Voraussetzungen der für das 2. Halbjahr 1990 geplante Haushalt?
2. Welchen Anteil an diesem Haushalt bildet die von Minister Terpe genannte Fehlsomme für die Finanzierung der Akademie?

24. Abgeordnete
Dr. Christine Rudolph
SPD-Fraktion

In welcher Höhe sind im 2. Halbjahr 1990 Kredite zur Sicherung der Liquidität der Kommunen erforderlich, und wer bürgt für diese Kredite?

25. Abgeordnete
Dr. Christine Rudolph
SPD-Fraktion

Wann und aus welchem Fonds werden nach dem 1.7.1990 die staatlichen Subventionen, besonders für Mieten und öffentliche Tarife, an die Kommunen gezahlt?

26. Abgeordneter
Frank Bogisch
SPD-Fraktion

Welche Steuermittel werden nach der Inkraftsetzung der Währungsunion und bis zur Etablierung der Länder in der DDR den Kommunen zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben zur Verfügung gestellt? Welchen Umfang, prozentual und in realen Zahlen, besitzen diese Steuermittel, und wann ist mit der Bereitstellung der Gelder zu rechnen?

Geschäftsbereich des Ministers für Forschung und Entwicklung

27 .Abgeordneter
Prof. Dr. Helmar Hegewald
PDS-Fraktion

Der wissenschaftspolitische Berater des Bundesministers für Forschung und Technologie, Prof. Burrichter, prognostizierte für die DDR eine steigende Zahl von bis zu 90 000 Arbeitslosen aus dem Bereich Forschung und Entwicklung. Für den universitären und außeruniversitären Bereich berühren diese Massenentlassungen eindeutig die Wissenschaftspflicht des Staates, d.h. seine Verpflichtung auf die Zukunftsaufgabe Wissenschaft. Mit welcher Summe wären für das 2. Halbjahr 1990 für die von Ihnen verantwortete AdW der DDR Massenentlassungen zu verhindern, und warum können Sie diese Summe nicht bereitstellen?

28. Abgeordnete
Dr. Martina Schönebeck
PDS-Fraktion

Werden DDR-Bildungsabschlüsse von medizinischen Berufen, die es in der BRD in dieser Art nicht gibt in der BRD zukünftig anerkannt?

Es geht dabei zu einem um Facharztabschlüsse in der experimentellen Medizin, z.B. der Klinischen Chemie und zum anderen um den Fachschulabschluß des Sozialpädagogen, der in der BRD ein Abiturberuf ist, in der DDR dagegen den Abschluß der 10. Klasse und mindestens 2 Jahre Berufspraxis im medizinischen Bereich als Zugangsvoraussetzung hat.

29. Abgeordneter
Kurt Stempel
CDU/DA-Fraktion

Unter der Überschrift "ausgesondert, gequält, vergessen; das unglaubliche Leiden behinderter Kinder in der DDR" erschien im "Stern-Nr. 24 vom 7. Juni 1978" eine Reportage zur Situation sogenannter nicht förderungsfähiger Kinder in einigen medizinischen Einrichtungen unseres Landes, so z.B. im "Medizinischen Zentrum Kreis Stralsund" in Velgast und im Psychiatrischen Bezirkskrankenhaus Eberswalde. Können Sie die Aussage dieser Reportage bestätigen was wird zur Veränderung dieser Situation unternommen?

30 Abgeordneter
Uwe Täschner
Fraktion Bündnis 90/Grüne

Herr Innenminister Diestel, zwischen Ihnen und dem Innenminister der Bundesrepublik, Herrn Dr. Schäuble, wurde ein Abkommen über den Abbau der Grenzkontrollen abgeschlossen.

1. In diesem wird verfügt, daß gegenüber Bulgarien, Kuba, der Mongolei, Rumänien und Vietnam die Sichtvermerkplicht einzuführen ist, um, wie Herr Dr. Schäuble in einem Brief an den Deutschen Bundestag, Ausschuß Deutsche Einheit, schreibt, ein Sicherheits- und Einwanderungsrisiko möglichst zu vermeiden. Steht diese Regelung nicht im krassen Gegensatz zu unserem mehrfach bekundeten Willen, die Grenzen durchlässiger zu machen und nicht die Mauer nach Osten zu versetzen?
2. Laut Artikel 12 dieses Abkommens sind die auf Grund zwischenstaatlicher Abkommen tätigen Ausländer nach Beendigung ihrer Arbeitsverhältnisse in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Bedeutet dies, daß die betreffenden ausländischen Arbeitnehmer bei Arbeitslosigkeit umgehend in ihre Heimatländer zurückgeführt werden und keine Chance auf dem DDR-Arbeitsmarkt erhalten? Hatte die DDR sich in den zwischenstaatlichen Verträgen nicht auf Fristen geeinigt, die nun auf diesem Wege nicht unterlaufen werden können?

31. Abgeordneter
Dr. Steffen Peltsch
PDS-Fraktion

In der Presse mehren sich Meldungen über die Bildung von Organisationsstrukturen der Republikaner in der DDR. So ist in Dresden ein Landesverband Sachsen gegründet worden. In diesem Zusammenhang frage ich den Herrn Innenminister:
Besteht das Verbot der Republikaner nach wie vor?
Wenn ja - welche Konsequenzen zieht das Innenministerium aus den kriminellen Vorgängen?

32 .Abgeordnete
Christine Grabe
Fraktion Bündnis 90/Grüne

Frau Schubert, im Zusammenhang mit dem Erschei-
nen von Pornographie auf dem Verbrauchermarkt
der DDR sind besonders Jugendliche gefährdet.
Sie müssen vor der ungewollten öffentlichen wie
privaten Konfrontation mit pornographischen
und gewaltverherrlichenden Erzeugnissen geschützt
werden.

Frage:

Welche Maßnahmen hat Ihr Ministerium bisher ge-
troffen?

Geschäftsbereich des Ministers der Justiz

33. Abgeordneter
Klaus Domke
CDU/DA-Fraktion

Mit Ungeduld wartet die Bevölkerung darauf, daß die ehemalige Partei- und Staatsführung unter Anklage gestellt wird. Trifft es zu, daß der Spruch des Nürnberger Tribunals, daß den Tatbestand "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" erkannt hatte, eine ausreichende Rechtsgrundlage bietet.

34. Abgeordneter
Kurt Stempel
CDU/DA-Fraktion

Bei einem Besuch in der Strafvollzugsanstalt Plauen/Vogt. wurde ich vom Leiter dieser Einrichtung davon informiert, daß es große Verunsicherungen im Zusammenhang mit dem angekündigten, sich aber nur schleppend vollziehenden veränderten Unterstellungsverhältnis der Strafvollzugsanstalten vom Ministerium für Innere Angelegenheiten zum Ministerium der Justiz gibt. Es wird daher vorgeschlagen, in die Vorbereitung die sich im Mai 1990 gebildete "Vereinigung der Leiter der Einrichtungen des Strafvollzugs der DDR e.V." einzubeziehen.

Wie, durch wen und für welchen Zeitpunkt erfolgt die Vorbereitung der Veränderung des Unterstellungsverhältnisses?

Ist eine Einbeziehung der "Vereinigung" möglich?

35. Abgeordneter
Peter Thietz
Die Liberalen

Trifft es zu, daß die Richter in der DDR ihre Personalakten ausgehändigt bekommen mit der Erlaubnis, daraus bestimmte Schriftstücke zu entfernen bzw. neu zu verfassen?

Wie kann die im vorgesehenen Richtergesetz für die Zulassung der Richter vorgeschriebene Überprüfung durch den Richterwahlausschuß dann überhaupt noch vorgenommen werden?

36. Abgeordnete
Dr.med.Ursula Fischer
PDS-Fraktion

Gegenüber unserer wie wohl auch anderen Fraktionen der Volkskammer häufen sich Anfragen von Bürgern, welche Position Kammer und Regierung künftig zum Rechtsschutz gesellschaftlicher Minderheiten bzw. alternativer Lebensformen, wie z. B. im Zusammenhang mit der Homosexualität, einnehmen.

Ich möchte Sie fragen, ob im Zuge der Rechtsanpassung auf strafrechtlichem Gebiet an eine Übernahme des umstrittenen Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches der BRD oder an die Neuschaffung ähnlicher Regelungen in unserem Strafgesetzbuch gedacht ist.

Wie stehen Ministerrat und Justizministerium generell zum Anspruch alternativer Lebensformen bzw. -gemeinschaften zum Schutz vor Diskriminierung (wie ihn z. B. Artikel 22, Abs. 2, des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches fixiert hatte).

Ich bitte um eine mündliche Beantwortung in der nächsten Fragestunde der Volkskammer.

37 Abgeordnete
Christine Grabe
Fraktion Bündnis 90/Grüne

Der Ausschuß für Kultur der Volkskammer der DDR sieht mit großer Besorgnis die zunehmende Verbreitung von pornographischen und gewaltverherrlichenden Produkten auf dem Gebiet der DDR. Massenhafter Konsum von Pornographie hat einen nachgewiesenen Zusammenhang zur sexuellen Gewalt. Zudem wird die Menschenwürde, besonders der Frau, verletzt.

Frage:

Herr Dr. Schirmer, welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um einer drohenden Pornographisierung des Alltags durch animierende Außenwerbung, Reduzierung der Frau auf ihre Geschlechtsmerkmale usw. entgegenzutreten?

Geschäftsbereich des Ministers für Medienpolitik

38. Abgeordneter
Werner Marusch
Fraktion Bündnis 90/Grüne
(schriftliche Anfrage)

Die Redaktion der sorbischen Tageszeitung "Nowa Doba" wandte sich mit einem Hilferuf an mich, mit der Bitte um Unterstützung zum Erhalt dieser einzigen und wichtigen Zeitung für die nationale Minderheit der Sorben. Mit diesem Anliegen bitte ich zu prüfen, ob es möglich ist in diesem Jahr angemessene Subventionen bereitzustellen.

Die bisherige Größe der Subventionen für diese Zeitung waren jährlich 1,9 Mio M.

Seitens der Redaktion wurden auch wirksame Maßnahmen eingeleitet um mehr als bisher durch eigene Initiativen die Subventionen weitestgehend abzubauen.

39. Abgeordneter
Dr. Thomas Klein
fraktionslos
Vereinigte Linke

Welche Notwendigkeit und Möglichkeit sehen Sie angesichts der spezifischen Probleme, die für die DDR nach dem 2. Juli 1990 zu erwarten sind, die mittelfristige Fortexistenz eigenständiger Medien zu bestätigen.

40. Abgeordneter
Dr. Erdmann Kröger
Fraktion PDS

Durch den Leiter der Antragsverwaltung, Herrn Martin Brick, wurden die Mitglieder der Antragsverwaltung des Bezirkes Neubrandenburg am 12.6.1990 berufen. Unter den 14 Mitgliedern der Antragsverwaltung ist kein Mitglied der PDS, obwohl es Vorschläge gab, die auch Ihrem Ministerium bekannt waren, und die PDS bei den Wahlen im Bezirk Neubrandenburg als zweitstärkste politische Partei bestätigt wurde.

1. Nach welchen Kriterien hatte die Auswahl bei den Berufungen zu erfolgen und welche Aufgaben waren für diese grundsätzliche Entscheidung den Parlamentariern dieser Kammer zugedacht, die aus diesem Bezirk gewählt wurden?
2. Welche Aufgaben haben Sie in dieser Antragsverwaltung wahrzunehmen?

41. Abgeordnete
Dr. Christine Rudolph
Fraktion der SPD

Im Treuhandgesetz ist im § 1 (1) die Vermögensübertragung von volkseigenem Vermögen auch an Kommunen vorgesehen.

Wie soll das praktisch realisiert werden und wann liegen die dafür erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen vor?

42. Abgeordneter
Roland Claus
PDS-Fraktion

Wie geht die Regierung gegenwärtig mit Einsprüchen zur Verletzung der Kommunalverfassung um?

Es mangelt doch gegenüber den Kreisen an einer Rechtsaufsichtsbehörde. Welches Einspruchsverfahren läßt sich als Übergangslösung anwenden?

43. Abgeordneter
Frieder Jelen
CDU/DA-Fraktion

Die Regierung Modrow hat dankenswerterweise noch ein Nationalparkprogramm mit Einschluß von Biosphärenreservaten verabschiedet. In letzteren geht es ja nicht nur um reinen Naturschutz, sondern z.B. auch um viel Landbau, ökologische Wirtschaftsformen und sanften Tourismus.

Für diese wichtigen Aufgaben sind u.a. Lohnfonds zu planen, insgesamt 3,2 Millionen.

Die Mitarbeiter der zu bildenden Aufbaustäbe warten seit geraumer Zeit auf ihre Anstellung.

Ist der genannte Haushaltsposten für die Arbeit gesichert?

44. Abgeordneter
Dietmar Unger
CDU/DA-Fraktion

Das 2. Tschernobil liegt in unserem Land. Es handelt sich um das Bergbaugebiet um Schlema/Aue, einschließlich des Gebietes um Johanngeorgenstadt im Westerzgebirge.

Im Auer Talkessel ist die Umweltverträglichkeit seit Jahren nicht mehr erträglich. Neben Großbetrieben, den Verkehrsströmen ins obere Erzgebirge, die durch Aue müssen, hat die SDAG-Wismut den größten Anteil daran und an der Deformation der Landschaft, zumindest um die erwähnten Orte. Gesundheitliche Schäden sind längst dokumentiert, wurden aber erst nach der Wende bekannt. Was ist, Herr Minister Steinberg, vorgesehen, um diese Probleme zu klären und die Menschen zu schützen, die deformierte Natur wieder zu rekultivieren.

Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr

45. Abgeordneter
Karl-Ernst Selke
CDU/DA-Fraktion

Angesichts des traurigen Zustandes unseres Straßennetzes frage ich, ob die jahrelang von der Bundesregierung an die DDR gezahlte Straßenbenutzungspauschale auch tatsächlich für die Instandsetzung und Instandhaltung der Transitstraßen verwendet wurden. Wofür wurden diese Gelder tatsächlich eingesetzt und wie hoch ist die Summe, die die Regierung der DDR dafür erhielt?

46. Abgeordneter
Karl-Ernst Selke
CDU/DA-Fraktion

Bei Fahrten nach Berlin (West) sind viele Reisende gezwungen, mit dem Kraftfahrzeug bis in die Stadt hineinzufahren, wenn sie nicht viel Zeit haben. Dies führt zu einer hohen Belastung des innerstädtischen Verkehrsaufkommens. Warum wird nicht vorrangig an der Wiederherstellung der S-Bahnverbindungen ins Randgebiet gearbeitet. Viele Bürger würden ihr Auto z.B. in Potsdam, Oranienburg oder Teltow abstellen und mit der S-Bahn in die Stadt fahren. Ohne den Straßenbau vernachlässigen zu wollen, sollte dies mit mindestens ebensoviel Nachdruck geschehen.

47. Abgeordneter
Dr. Franz Heltzig
SPD-Fraktion

Wie weit sind die Arbeiten gediehen, um innerhalb des Einigungsprozesses der beiden deutschen Staaten einerseits die Unterschiede in den Straßenverkehrsordnungen zu beseitigen und andererseits die Fahrzeug-Kennzeichen zu vereinheitlichen?

48. Abgeordneter
Wieland Sorge
SPD-Fraktion

Wie wird das Verkehrsministerium der eigenen Aussage am Beispiel der Bahnverbindung zwischen Meiningen und Mellrichstadt gerecht, der Bahnverbindung die Priorität einzuräumen?

49. Abgeordneter
Wieland Sorge
SPD-Fraktion

Welche finanziellen Anteile sind für die Verkehrsverbindungen zwischen den beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 - 1. für die Bahn, 2. für die Straße - vorgesehen?

50 Abgeordneter
Frank Bogisch
SPD-Fraktion

Ist es vorgesehen, Produktionsgenossenschaften aus den Bereichen Handel, Handwerk und Industrie, die im Rahmen der Enteignung von 1972 eingezogen worden waren, die damals eingebrachten Geldmittel, wieder zur Verfügung zu stellen?

Wenn ja, in welchem Rahmen, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt soll dies geschehen?

. 51 Abgeordnete
Gisela Voigt
Fraktion PDS

Aus den Medien erfuhr ich, daß der sogenannte
2. Staatsvertrag im Entwurf durch die Regierung der
BRD bereits erarbeitet ist.

Worin bestehen seine wesentlichen inhaltlichen Aspekte?
Gibt es seitens der Regierung der DDR einen eigenen
Entwurf bzw. ist er in Erarbeitung oder wird auf
oben genannter Basis verhandelt werden...